

Antrag

der Abgeordneten Freimut Duve, Stephan Hilsberg, Dr. Elke Leonhard, Siegfried Vergin, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Brigitte Adler, Hans Büttner (Ingolstadt), Monika Heubaum, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Markus Meckel, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Gefahren abwenden von der Auswärtigen Kulturpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Stimme der Bundesregierung, sondern sie spiegelt das kulturelle und soziale Leben unseres vielfältig gegliederten demokratischen Gemeinwesens wider. Deshalb sollte sie von einem möglichst breiten Konsens getragen sein. Und deshalb bedarf sie der Kontinuität – für ihre Mittlerorganisationen und für ihre finanzielle Grundlage.

Das System der Mittlerorganisationen hat sich bewährt. Dies wurde zuletzt festgestellt in der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses am 14. April 1997 und auch im Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4851. Doch jetzt wird die Basis dieser Arbeit durch Haushaltskürzungen, vor allem durch die Auflage, jedes Jahr Personalstellen einzusparen, zunehmend gefährdet. Insbesondere die Goethe-Institute vor Ort sind hiervon negativ betroffen.

Wenn sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt, wird das erreichte Niveau in der Auswärtigen Kulturpolitik nicht zu halten sein, obwohl die Herausforderungen an sie zunehmen. Deswegen brauchen wir ein Stopp-Signal: Es darf nicht zu einem Ansehensverlust der Bundesrepublik Deutschland in aller Welt kommen.

Allerdings sind in der jüngsten Vergangenheit nicht alle Mittler den in sie gesetzten Erwartungen gerecht geworden. Es ist nicht auszuschließen, daß Unzulänglichkeiten in der Arbeit einzelner Mittler auch deshalb entstanden sind, weil die Kompetenzen und Haushaltsmittel für die Auswärtige Kulturpolitik bei insgesamt acht Ministerien und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung angesiedelt sind. Hier sind mehr Koordinierung und

Transparenz erforderlich sowie Absprachen mit dem Auswärtigen Amt, da ihm die Federführung in unseren Außenbeziehungen obliegt.

Das Verhältnis derjenigen, die – bei Mittlerorganisationen und in den Ministerien – in den zentralen Verwaltungen tätig sind, und derer, die vor Ort im Ausland bzw. im Inland direkt mit den Nutzern zu tun haben, muß überprüft und neugestaltet werden. Ohne Einzelreformen in diesem Bereich ist – bei grundsätzlicher Bejahung des Systems der unabhängigen Mittler – zu befürchten, daß angesichts der Knappheit der Mittel wichtige Ziele der Auswärtigen Kulturpolitik schon bald nicht mehr erreicht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dem Deutschen Bundestag noch in dieser Legislatur einen Bericht vorzulegen,
 - in dem Überschneidungen zwischen den Aufgabenbereichen einzelner Mittler aufgezeigt und Vorschläge für eine klarere Kompetenzaufteilung gemacht werden. Insbesondere im Bereich der Sprachförderung in Mittel- und Osteuropa sowie bei der Herstellung von Unterrichtsmaterialien ist eine Dopplung von Arbeit nicht auszuschließen;
 - in dem konzeptionelle Vorschläge gemacht werden, wie mittelfristig für die einzelnen Mittler in bezug auf die finanzielle Ausstattung mehr Planungssicherheit gewährleistet werden kann.

Insbesondere für den personalintensiven Betrieb der Goethe-Institute muß es andere Möglichkeiten geben als die jährliche pauschale Kürzung im Stellenplan. Es muß wieder möglich werden, daß junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden. Andernfalls wird es zu einer Überalterung des Personals kommen. Der notwendige Generationswechsel kann nicht stattfinden.

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung Vorschläge für flexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen sowie beim Goethe-Institut eine intensivere Einbeziehung von Ortskräften, auch in den Funktionsbereichen. Es muß sichergestellt sein, daß alle Einsparungen zur Einstellung junger Kräfte genutzt werden;

- über das Verhältnis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den zentralen Verwaltungen beschäftigt sind, zu jenen, die im Ausland und in direktem Kontakt mit den „Nutzern“ tätig sind – bei den Mittlern und den Ministerien;
- über Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen, indem dargestellt wird, inwieweit die Mittlerorganisationen auf ihre gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben vorbereitet sind bzw. wo Veränderungen notwendig erscheinen;
- die beim Goethe-Institut aus der Not der Schließung einzelner Institute entwickelte neue Struktur der Umwandlung in Verei-

- ne finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Das Engagement von Bürgern und politisch Verantwortlichen einer Stadt für die Beziehungen zu Deutschland verdient dort, wo eine Schließung hingenommen werden mußte, die bestmögliche Förderung;
- gegenüber dem Deutschen Bundestag mehr Transparenz hinsichtlich der zukünftigen Planungen herzustellen. Die Vielzahl beratender Gremien, mit deren Hilfe die Mittler ihre Arbeit aufeinander abstimmen, und Koordinierungsstellen zwischen den Ministerien verschleiern mehr die langfristigen Perspektiven statt eine breite Diskussion darüber zu ermöglichen, die gerade in diesem Politikbereich unverzichtbar ist. Beim Auswärtigen Amt ist deswegen eine Art „Clearing-Stelle“ zu schaffen für Mittler und beteiligte Ministerien. Der Deutsche Bundestag ist in angemessener Form einzubeziehen;
 - eine klare Trennung zwischen Auswärtiger Kulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung herzustellen. Die Arbeit des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung darf nicht mit Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik verknüpft werden. Die Darstellung der Regierungsarbeit ist vom Ansatz her etwas völlig anderes als die Vermittlung prägender kultureller Entwicklungen in unserem Land.

Bonn, den 11. Dezember 1997

Freimut Duve
Stephan Hilsberg
Dr. Elke Leonhard
Siegfried Vergin
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Brigitte Adler
Hans Büttner (Ingolstadt)
Monika Heubaum
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Eckart Kuhlwein
Markus Meckel
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Rudolf Scharping und Fraktion

